

Corona-Krise verhindert Flüchtlings-Familiennachzug

# Chaotische Zustände in Behörden

Von Viktor Marinov

**BERLIN/DÜSSELDORF.** Der Flüchtlings-Familiennachzug nach Deutschland ist seit dem Corona-Ausbruch nahezu zum Erliegen gekommen. Das geht aus einer Antwort des Auswärtigen Amtes auf eine sogenannte schriftliche Frage der flüchtlingspolitischen Sprecherin der Grünen, Luise Amtsberg, hervor. Von April bis Juni wurden 220 Visa für Familien von schutzberechtigten Personen ausgestellt. Im ersten Quartal des Jahres waren es noch 4059 Einreiseerlaubnisse.

An den Botschaften gehe es chaotisch zu, kritisiert Amtsberg. Schon längst bekannte Mängel beim Familiennachzug würden durch die Krise verschärft. Dadurch blieben Familien viel länger

getrennt als nötig.

Die Zahl der erteilten Visa sei eingebrochen, weil die Visastellen aufgrund der weltweiten Reiseeinschränkungen „nur noch in stark eingeschränktem Umfang“ Anträge annehmen und bearbeiten konnten, heißt es in der Antwort des Auswärtigen Amtes. Eigentlich hätten die Visastellen aber bereits gestellte Anträge auch in der Coronakrise bearbeiten können, sagt Amtsberg. Dafür sei kein persönlicher Kontakt nötig.

„Die bürokratischen Hürden für die Zusammenführung von Eheleuten und Kindern waren auch vor Corona oft schon unerreichbar hoch und die Wartezeiten für die Visa zu lang“, kritisiert Amtsberg. Je nach Botschaft müsse man auf ein Visum von drei oder vier Mo-

naten bis zu einem Jahr und länger warten. Um dem entgegenzuwirken, brauche es mehr Personal an den Botschaften.

Durch die Einreisesperren sind zudem bereits genehmigte Visa verfallen. Diese sind in der Regel nur für drei Monate gültig. Für solche Fälle gibt es die Möglichkeit der „Neuvisierung“, also der erneuten Prüfung der Einreiseerlaubnis, teilt die Bundesregierung mit. Jedoch beläuft sich die Frist dafür auf nur einen Monat. Das sei zu kurz, bemängelt Amtsberg. „Die Frist geht völlig an der Lebensrealität der Menschen fernab der Botschaften vorbei“, sagt sie.

Nordrhein-Westfalen wird in den nächsten Wochen Dutzende geflüchtete Familien mit kranken Kindern von den griechischen Inseln aufnehmen. Es handele sich um insgesamt 220 Menschen, erklärte NRW-Flüchtlingsminister Joachim Stamp (FDP) am Mittwoch der Deutschen Presse-Agentur. Angeboten habe NRW, kurzfristig 500 Personen aufzunehmen. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums sollen insgesamt 918 Jungen und Mädchen samt Eltern und Geschwistern aus den griechischen Flüchtlingslagern geholt werden. „Ich freue mich, dass wir so mithelfen können, das Leid dieser Kinder zu lindern und im europäischen Sinne Verantwortung zu übernehmen“, so Stamp.



Nordrhein-Westfalen wird geflüchtete Familien mit kranken Kindern von den griechischen Inseln aufnehmen.

Foto: dpa